gen alle Umfragen – rangiert Möllemann ganz hinten. In der Führungsriege seiner Partei stößt er auf Mißtrauen. „Dessen Worte", so ein FDP-Präsidiumsmitglied, „sind zum Tageskurs zu handeln."

In der Union ist Möllemann unten durch. Finanzminister Theo Waigel vorige Woche im CSU-Vorstand: „Ein verantwortungsloser Schwätzer." Und für die Opposition ist er, so SPD-Fraktionsvize Rudolf Dreßler, nur noch „der Entertainer der Koalition". Möllemann habe nur Chancen, meint sogar ein Vertrauter, „wenn Kinkel Mist baut".

Gerade das macht dem Wirtschaftsminister Mut. „Ich weiß", sagt er gegenüber Parteifreunden, „die Zeit arbeitet gegen Kinkel."

Da könnte er recht haben. Kinkel gibt sich in den Augen seiner liberalen Freunde derzeit alle Mühe, rundum den Eindruck zu verstärken, daß er mit dem Amt des Außenministers überfordert ist. Wie soll der Überlastete, der ständig über seine Terminnöte jammert, da auch noch das Amt des Parteivorsitzenden schultern?

Schon führen die Parteifreunde Buch über die Patzer des Genscher-Nachfolgers. Sie kreiden Kinkel an, bei seinem Besuch in China Anfang November nur in leisen Tönen auf die Situation der Menschenrechte im kommunistischen Reich der Mitte eingegangen zu sein. Statt dessen habe der Realpolitiker Kinkel die Beziehungen zum Regime in Peking ohne Not als „normal" definiert.

Verstimmung gab es auch über den Auftritt des schnellzüngigen Außenamtschefs in Israel Mitte November. Da hatte Kinkel zu bedenken gegeben, der Brandanschlag auf die „jüdische Baracke" im ehemaligen KZ-Sachsenhausen vor zwei Monaten habe womöglich „keinen antijüdischen Anlaß". Dem Juristen Kinkel fehlt dafür, streng formal, „der Beweis". Auch die Schändungen jüdischer Friedhöfe spielte der Außenminister herunter: „So viele" seien es schließlich nicht gewesen.

Kinkel läßt seine Ausrutscher im nachhinein als „Mißverständnisse" und „böswillige Unterstellungen" von Presseleuten darstellen. Nur: Das Vertrauen seiner Parteifreunde schwindet. „Wir brauchen einen Profi an der Spitze und keinen Laiendarsteller", urteilt ein FDP-Vorständler.

Da bietet sich Profi Möllemann an. In offener Rebellion gegen Helmut Kohl verließ der jüngst eine Kanzlerrunde. Er müsse sich von dem nicht „schulmeistern" lassen, parierte der mutige Liberale heftige Kohl-Kritik und schmiß die Tür.

Dem großen Abgang folgte, 30 Minuten später, ein laues Comeback. Der Vizekanzler: „Ich habe mein Auto nicht gefunden."

Affären

Eingriff vor Ort

Der Schweriner Innenminister Kupfer spricht sich selbst von jeder Schuld an den Rostocker Krawallen frei. Seine früheren Aussagen sprechen gegen ihn.

Im Schweriner Innenministerium schliefen die Verantwortlichen endlich einmal nicht. Aufgeschreckt durch Radio-Meldungen über eine SPIEGEL-Veröffentlichung, war Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lothar Kupfer (CDU) am vorletzten Sonntag vorzeitig aus dem Wochenende an den Arbeitsplatz zurückgeeilt.



Innenminister Kupfer (M.)*: Nahezu ununterbrochen dabeigewesen

In den grell erleuchteten Chefzimmern bemühten sich der Minister und seine Mitarbeiter bis spät in die Nacht, ein Dokument wegzuerklären, das dem Minister weit mehr Verantwortung für das Polizeidebakel von Rostock-Lichtenhagen anlastet, als Kupfer bisher zugegeben hat.

Die Kupfer belastenden Passagen stammten aus dem „Geschehensablauf", den der damalige Rostocker Polizeichef Siegfried Kordus auf Weisung seines Dienstherrn nur wenige Tage nach den Ausschreitungen gegen die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZASt) im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen verfaßt hatte. In der Nacht vom 24. auf den 25. August waren dabei über hundert Vietnamesen nur durch glückliche Umstände dem Tod entkommen.

In seinem Bericht schildert der Spitzenbeamte, am Tag des Brandanschlags auf das neben der ZASt gelegene Wohnheim der Vietnamesen habe „in der Polizeidirektion" Rostock ein wechselnder „Teilnehmerkreis" das Für und Wider einer Räumung der schon in den zwei vorausgehenden Nächten umkämpften Zentralen Anlaufstelle „diskutiert".

Während die Teilnehmer debattierten, welchen „Angriffswert" denn das von rumänischen Asylbewerbern geräumte ZASt-Gebäude noch für den randalierenden Mob haben könnte, so der Bericht, herrschte in einem anderen Punkt offenbar Einigkeit: „Die im Nachbarhaus befindlichen vietnamesischen Staatsbürger schienen weniger in Gefahr als die Polizei, die sich als größtes Feindbild der Störer herausgestellt hatte."

Eine folgenschwere Fehleinschätzung. Als die ZASt geräumt war und sich die Polizei von dem angeblich ungefährdeten Vietnamesen-Haus zurückzog, wurde es umgehend von einer johlenden Meute in Brand gesteckt.

Die vorangegangene Debatte, so hielt Kordus in seinem Bericht fest, habe „auch in Anwesenheit des Herrn Innenministers" stattgefunden.

Die Veröffentlichung der Kordus-Aussage (SPIEGEL 48/1992) brachte Kupfer in Erklärungsnot. Denn der Minister hatte stets behauptet, die folgenschwere Panne sei „allein Sache der Polizei" gewesen. An der Eskalation der

* Mit Landespolizeidirektor Hans-Heinrich Heinsen (l.) und Staatssekretär Klaus Baltzer im Juni bei einer Katastrophenschutzübung.



Polizeieinsatz in Rostock-Lichtenhagen*: „Mit Gewalttätigkeiten ist zu rechnen"

Gewalt trage er persönlich „keine Schuld".

Kordus habe nur seine „eigene Lageeinschätzung" gegeben, nicht aber den „Gegenstand von Beratungen mit mir", verkündete Kupfer am Montag letzter Woche forsch. Er blieb bei seiner Darstellung: „Ich habe weder an Einsatz- noch an Lagebesprechungen teilgenommen."

Doch das Dementi hilft Kupfer nicht aus der Klemme: Nicht nur der interne Kordus-Bericht belastet ihn, der Minister widerspricht sich mit früheren eigenen Aussagen.

Vor einer Sondersitzung des Innenausschusses des Landtages, der am 24. August in Rostock tagte, habe sich Kupfer, so teilte seine eigene Pressestelle am 10. September mit, „in der Polizeidirektion Rostock eingehend über die polizeilichen Maßnahmen" unterrichten lassen. Die „eingeleiteten Maßnahmen" seien dem Minister „angemessen" erschienen. Und in der Rostocker Innenausschußsitzung, die in Polizeidokumenten als „Sicherheitskonferenz" auftaucht, gab er stolz zu Protokoll, schon am Vorabend habe er „vor Ort ins Geschehen eingreifen können".

Auch die Polizei nahm den Minister ernst. Aus einem Lageprotokoll der Direktion Rostock vom 24. August geht hervor, daß Anfragen des übergeordneten Schweriner Landespolizeiamtes zunächst unter Vorbehalt beantwortet wurden, weil die Beamten die Rückkehr des Ministers abwarten wollten.

Als die Schweriner nach „gültigen Zahlen" für die Einsatzplanung in Rostock fragten, hieß es, „eine neue Einschätzung der Kräftelage" werde erst „nach der zur Zeit stattfindenden Sicherheitskonferenz (mit IM) vorgenommen" – IM steht für Innenminister.

Vor dem Landtag unterstrich Kupfer am 10. September nochmals seine führende Rolle. Er habe „ständigen Kontakt zur Polizeiführung in der Direktion Rostock" gehabt und sei überhaupt „nahezu ununterbrochen in der Polizeidirektion Rostock" gewesen.

Der Minister war allerdings nicht der einzige, der bei den Ausschreitungen in Rostock offenbar die Orientierung verloren hatte. Obwohl anonyme Anrufer bei der Rostocker Lokalpresse schon Tage vor den Krawallen gewalttätige Demonstrationen gegen Asylbewerber angedroht hatten, fuhren die Verantwortlichen im Schweriner Innenministerium am Freitag, dem 21. August, geschlossen ins Wochenende.

Kupfers Staatssekretär Klaus Baltzer entschwand ins Zuhause nach Kiel. Erst nach Aufforderung durch Ministerpräsident Berndt Seite, so berichtete der Regierungschef vor dem Untersuchungsausschuß, fuhr Baltzer am Sonntag nach Rostock. Von dort meldete sich der Spitzenbeamte nicht mehr.

Abteilungsleiter Olaf von Brevern, zuständig für Öffentliche Sicherheit, fuhr ebenfalls nach Hause und verließ sich nach eigener Aussage darauf, zur Not übers Telefon erreichbar zu sein.

Den völlig unzureichenden Vorbereitungen der Rostocker Polizei stimmte Kupfers Polizeireferent Friedrich-Wilhelm Heidemeier Freitag mittag telefonisch zu. Dann verschwand auch er.

Abteilungsleiter Winfried Rusch, in der Kupfer-Behörde verantwortlich für die ZASt, sagte laut Kordus-Bericht am Freitag Rostocks Innenminister Peter Magdanz zu, er werde sich um dessen „massive" Forderung, die Rostocker ZASt noch am selben Tag räumen zu lassen, „kümmern". Dann reiste er nach Düsseldorf ab. Die ZASt wurde an diesem Tage nicht geräumt.

Landespolizeidirektor Hans-Heinrich Heinsen ließ sich am Freitag die „Einschätzung auf denkbare Gewalt" durch die Rostocker Polizeiführung erkären. Befriedigt von der Antwort, es lägen „keine konkreten Hinweise auf Gewalt", sondern lediglich auf eine „Reihe von Vorkommnissen der letzten Tage und Wochen" vor, kommandierte er „ordnungsgemäß" einen Zug Schweriner Bereitschaftpolizei nach Rostock, dann setzte er sich ebenfalls ab.

Rostocks Polizeichef Siegfried Kordus bestieg ein Schiff. Die Fregatte „Bremen" im Rostocker Stadthafen, mit der die Bundesmarine in der Stadt Visite machte, war am Samstag abend Treff der Rostocker Schickeria, während sich in Lichtenhagen der Mob, wie angekündigt, zum Sturm versammelte.

Kordus' Stellvertreter Jürgen Dekkert fuhr zu Frau und Kindern nach Hause. Nur Kupfer hatte eine plausible Entschuldigung: Seine Schwiegermutter hatte einen Schlaganfall erlitten.

Zurück blieb Rainer Resagk. Der diensthabende Inspektionsleiter von Warnemünde hielt einen schwammigen Einsatzbefehl in der Hand, in dem es hieß: „Wie aus Presseberichten und Gesprächen mit Bürgern der Stadt Rostock zu entnehmen ist, soll es am 22. 08. 1992, Uhrzeit nicht bekannt, im Stadtteil Lichtenhagen zu einer bisher nicht angemeldeten Prostestaktion der dortigen Bewohner kommen. Mit geplanten Gewalttätigkeiten gegen Asylbewerber ist zu rechnen."

* Am 24. August.